

Die Heimarbeiterin.

Organ des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands.

Das Blatt erscheint monatlich.
Mitglieder erhalten es kostenlos.
Redaktionschluss am 15. jeden
Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 80, Rollendorsstraße 15.
Verantwortlicher: Ernst Engelke, 2858.
Spredkosten: wöchentlich von 1-1 und 2-1 M., am Sonntage von 1-2 M.

Zu beziehen durch die Haupt-
geschäftsstelle und durch alle
Postämter.
Preis vierteljährlich 75 Pf.

Nummer 2.

Berlin, Februar 1919.

19. Jahrgang.

Passet uns in einem großen, unbedingten Glauben an das Licht unsern Weg gehen und unsre Aufgabe tun. Was gilt es, wir werden ganz anders, als wir es bisher vermochten, im Lichte wandeln. Da wir dann noch mitwandern, wenn es am letzten Meilensteine dieses Jahres vorübergeht, oder nicht, was tut's? Wir haben die Möglichkeiten, die der gnädige Gott uns noch einmal gab, treu benützt und sind seine Kräfte, die in der Finsternis wandeln und das Ziel des Weges nicht kennen; wir wissen, wohin es geht: Aus den Dunkelheiten in das Licht, aus dem Anfang zur Bauenbung.

G. D. e. j.

Was wird aus uns werden?

Diese bange Frage erfüllt jetzt die Herzen aller Deutschen, die noch nicht verlernt haben, deutsch zu denken. Wie viele mögen es sein? Wenn man den Ausgang der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung und auch den Ausfall der sogenannten Preußenwahlen betrachtet, kommt man in Versuchung zu denken, daß mehr als die Hälfte unseres Volkes nicht mehr fähig dazu ist, 187 Sozialdemokraten, 21 Unabhängige mitgerechnet, werden in die Nationalversammlung einzuziehen und dort dafür Zeugnis ablegen, wie weite Kreise unserer Volksgenossen zum Glauben an den Segen des Internationalismus „bekehrt“ sind. Wohl weiß jeder Einsichtige, daß die Bekehrung zum Teil eine recht oberflächliche war. Eine geradezu abenteuerliche „Aufklärungsarbeit“ auf dem „platten Lande“ hat erreicht, daß zahllose Stimmen für die sozialdemokratischen Wahlvorschläge abgegeben wurden, die, wenn wirklich richtig aufgeklärt worden wäre, niemals für die sozialistischen Utopien zu haben gewesen sein würden. Mit Schlagworten wurde gearbeitet, und Schlagworte wirkten, wirkten besonders da, wo noch wenig politische Einsicht vorhanden war. Wer, wie die Schreiberin dieser Zeilen, immer wieder die schönen Aussprüche vom „vollgepflegten Banke der Agrarier“ zu hören Gelegenheit hatte, der wußte, daß es sich viel weniger um wohlbegründete politische Ansichten, als um aufgepeitschte Instinkte handelte, die zur Abgabe roter Stimmzettel führten. Wo irgendwann ein Landrat einen Bauern durch eine Verordnung geärgert hatte, war die Antwort jetzt: Wahl des Sozialdemokraten. Wo Arbeiter die Vorstellung hatten: „Jetzt gilt es für uns, herauszuholen, was herauszuholen ist“ — ein Stimmzettel für den „Unabhängigen“ oder gar den Spartakusmann besiegelte die neue Ueberzeugung. Die Frage: Was muß ich tun, damit Deutschland eine Zukunftsmöglichkeit hat? die einzige Frage, die zu Recht besteht und die jeder Mann und jede Frau sich hätte vorlegen müssen, ehe der Gang zur Wahlurne angetreten wurde, sie ist in ihrer bitteren Wichtigkeit längst nicht von allen erlanni. Ein Taumel der Selbstsucht, der Masseninstinkte, ging und geht noch durch die deutschen Lande. Alle Parteigegegnisse wurden und werden immer wieder hervorgeholt und haben Entscheidungen beeinflusst, die doch die Wohlfahrt eines ganzen Volkes, die Zukunft eines ganzen Landes, die Zukunft unserer Heimat, Deutschlands neue Zukunft sichern sollen. 77 bürgerliche Demokraten stellen sich neben die Sozialdemokraten, bereit, mit ihnen, wie viele erklärt haben, an einem Strange zu ziehen. Namen von gutem Klang, Menschen bester Gesinnung sind darunter, die außer sich sein würden, wenn man ihre nationale Zuverlässigkeit anzweifelte. Und doch tun sie mit in der Förderung internationaler Bestrebungen, während wir gerade aus einem Geschehen kommen, das bewiesen hat, wie die Kraft unbegrenzten

Nationalbewußtseins den Sieg davontrug über ein Volk, so stark im Kämpfen und so stark im Dulden, wie kein zweites auf der Welt. Aber zu schwach im nationalen Willen, und darum erlegen, auf die Knie gezwungen, zugrunde gerichtet trotz alledem!

Wollte Gott, daß dennoch ein bürgerlicher Block in Weimar, der Stadt Goethes, zustande käme, der bei aller Verschiedenheit in Einzelfragen, einig und zielsicher wäre in der einen: Es gilt Deutschlands Zukunft, Deutschlands Wiederaufrichtung. An der wollen wir bauen Hand in Hand, für die wollen wir Grundlagen schaffen, so stark und so deutsch, daß unsere Anteil in dem wiedergeborenen Reiche uns um unserer Arbeit willen segnen werden.

152 bürgerliche Abgeordnete verschiedener Schattierungen — Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei — ziehen außerdem in die Nationalversammlung ein, getragen von der heißen Sehnsucht, Deutschland wieder stark und groß zu machen, bereit, in jede Hand einzuschlagen, die daran mitarbeiten will.

Rund 40 Frauen werden unter den Volksvertretern sein, darunter bei den Deutschnationalen unsere Hauptvorsitzende, sowie Frau Heinrichs, die Vorsitzende unserer Posener Gruppe, und Frau von Bierke, die unserer Gruppe Charlottenburg in ihrem behaglichen Jugendheim schon lange freundlich Gastrecht gewährte. So wird auch äußerlich die Vertretung der Heimarbeiterinneninteressen gewährleistet sein, wenngleich die Nationalversammlung kaum Gelegenheit bieten dürfte, zu solchen Einzelfragen Stellung zu nehmen. Sie wird ja so schon Schweres genug zu leisten haben: Schaffung der Reichsverfassung, eines Staatsauschusses, Wahl des Reichspräsidenten und des Reichsministeriums, sowie Erledigung der dringendsten Reichsgesetze. Denn der Traum des Deutschen Kaiserreichs ist nach dem Ergebnis der Wahlen ausgeträumt. Unsere Väter werden diese Zeit nicht verstehen, und Bismarcks großes Werk, das der 9. November 1918 zerbrach, das deutsche Volk in seiner Mehrheit hat sich von ihm losgesagt! Das sind bittere Wahrheiten, aus denen viel Untreue, viel Vergeßen und unendlich viel Unantbarkeit spricht, ganz zu schweigen von dem ungehörlichen Sinne, der das Wandeln der deutschen Volksmehrheit zu bestimmen scheint.

Die Frage heißt: Was wird nun aus uns werden? Neßere Formen, neue, für deutsche Art unerprobte, werden in Weimar geschmiedet werden. Werden sie sich eignen zum Wiederaufbau des Reiches, zum Wiederfinden eigener Kraft, zum Wiedergewinnen der Achtung der Welt? Deutsche waren und sind Träumer, trotz aller Tüchtigkeit im Kampf, trotz aller Leistungsfähigkeit in der Arbeit. Wird der Traum von einem völlig anderen Deutschland die Erfüllung der Wünsche der Träumer der neuen Zeit bringen? Wenn man sich umsieht im Vaterland, möchte man es bezweifeln. Niedergang, wohin man blickt. Das fleißigste Volk der Welt ist in großen Teilen zu einer Herde Arbeitsscheuer herabgesunken. Die Männer, die jetzt vorgehen, Deutschlands Geschicke zu lenken, lassen die Zügel am Boden schleifen. Der Staatswagen rast dem Abgrund zu. Die Faulheit wird prämiert, als ob sie höchste Aufgabe des Staatsbürgers sei. Und dabei beklebt man die Wände mit Zetteln, auf denen es rot leuchtet: „Sozialismus ist Arbeit.“ Wenn eine Heimarbeiterin drei Stunden täglich arbeitet, verdient sie in der Woche 12 Mark. Wenn sie nichts tut und sich Erwerbslosenunterstützung holt, erhält sie 30 Mark.

Das ist die neue Zeit! Heimarbeiterrinnen, soweit sie organisiert sind, sind sittlich hochstehend, wollen lieber arbeiten, als von Unterstützung leben. Aber fragt doch die Männer, die sich weigern, Kohlen zu fördern, so daß ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt werden muß, daß wir nur stundenweise Gas brennen dürfen und Todfranke nicht operiert werden können, weil man die Instrumente nicht austauschen kann wegen der Gasperre! Spazierengehen ist bequemer als Arbeiten. Das fleißigste Volk der Welt — ein Volk von Tagelöhnen! Was wird aus uns werden?

Das, was wir aus uns machen. Wir müssen erwachen. Es ist hohe Zeit. Erwachen, ehe der Wagen in den Abgrund rollt. Wer von uns glaubt, daß über allen Menschengeschichten ein göttlicher Wille lebt, der jedem Volke seine Aufgabe gibt, der wird auch jetzt den Weg zum Ziel nicht verlieren. Der weiß, daß Deutschland nötig ist für die Welt, und daß das deutsche Volk sich auf seine Aufgabe besinnen und sie erfüllen muß. Der Weg zum Licht geht für uns alle jetzt durch tiefes Dunkel, aber in dem unbedingten Glauben an das Ziel ist auch der Weiser zum Ziel gegeben. Wir, die wir glauben, daß Gott der Herr dennoch unserem Volke den Aufstieg zum Licht bereit hält, wir werden unsere Pflicht erfüllen, von einem Meilenstein zum anderen wandern in der festen Zuversicht, daß einst das Ziel erreicht sein wird. Und ob jetzt auch alles trübsalig erscheint, als seien uns alle Möglichkeiten zum Aufstieg genommen — wir verzagen nicht! Uns Heimarbeiterrinnen will die neue Zeit, die so arbeiterfreundlich zu sein vorgibt, das Brot nehmen. Wir verzagen nicht. Wir grüßen die Sachverständigen, die unsere Hoffnung waren, bangen verzagen, weil wir ihnen noch nicht vertrauen können. Aber wir verzagen nicht. Wir wandern auch in der Finsternis dieser Zeit an der Hand des Allmächtigen, der noch allezeit sich zu denen bekannt hat, die sich zu ihm bekennen. Wir Heimarbeiterrinnen wollen arbeiten für uns, unsere Kinder, unsere Familie, unser Vaterland und verzagen nicht. Wir rund 20.000 Organisierten rufen den anderen zu: Kommet zu uns, helft mit, eure Berufsarbeit schützen, nicht nur um eurer, auch um des Vaterlandes willen! Wir rufen es allen Volksgenossen zu: Tretet ein in die Reihen derer, die arbeiten wollen, weil Deutschland die Arbeit seiner Kinder braucht, wenn es leben soll! Das Ziel unseres Weges kennen wir. Es ist das Ziel jedes Gottgläubigen, es muß das Ziel jedes Deutschen werden, ganz gleich, ob er selbst es noch mit zu erreichen vermag oder darüber hinsieht, wie so viele vor uns: Aus den Dunkelheiten in das Licht, aus dem Anfang zur Vollendung. Gott wird mit uns, Gott wird mit Deutschland sein!

Sachverständige.

Der 13. Januar 1919 hat uns endlich die Sachverständigen gebracht, und zwar gleich 29 in zehn preussischen Provinzen und fünf Bundesstaaten. Sie sollen die gesamte Kleider- und Wäschekonfektion erfassen, sowie die Weißzeugtäderei, Herstellung von Spitzen, von Web- und Wirkwaren und die Hausweberei.

Die Verordnung sagt über Arbeit und Zusammensetzung der Sachverständigen nichts, sondern verweist nur auf § 18 und folgende des Hausarbeitgesetzes. Danach bleibt die Wirksamkeit der Sachverständigen beschränkt auf Erhebungen und Begutachtungen, Beratung von Wünschen und Anträgen der Hausarbeiter und Förderung des Abschlusses von Lohnabkommen oder Tarifverträgen. Unsere Erwartungen, daß die Sachverständigen mit größeren Vollmachten (das Recht zum Abschluß unabhängiger Tarifverträge) versehen werden würden, hat sich leider noch nicht erfüllt; die Tätigkeit der Sachverständigen selbst wird aber mit Sicherheit die unbedingte Notwendigkeit dieser erweiterten Befugnisse erweisen.

Ebenso wichtig wie die Vollmachten der Sachverständigen ist aber ihre Zusammensetzung. Wenn einerseits unorganisierte, ungeschulte Heimarbeiterrinnen nie fähig sein werden, die Interessen ihres Standes gegenüber klugen, geschulten Arbeitgebern zu vertreten, so besteht andererseits, falls Werkstattdarbeiter in die Sachverständigen berufen werden (auch diese Möglichkeit sieht das Gesetz vor!), die Gefahr, daß die Abschaffung der Heimarbeit beschlossen wird. Wir wissen ja nur zu genau, wie weite Kreise der Arbeiterschaft diesen Wunsch hegen. Es müssen daher der Regierung, die die eine Hälfte der Vertreter, von der dann die andere Hälfte gewählt wird, ernannt, geeignete und geschulte Kräfte zur Verfügung gestellt werden. Der Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen, dessen unermüdlicher Arbeit das Zustandekommen des Gesetzes zum größten Teil zu verdanken ist, wird jetzt beweisen müssen, daß seine Mitglieder in erster Linie zur Vertretung ihrer Berufsinteressen geeignet sind.

Natürlich müssen, bei dem in der letzten Zeit so gänzlich veränderten Verhältnissen in allen Gewerbszweigen überall sofort einzuberufende Branchenversammlungen den vorgeesehenen Vertreterinnen die nötigen Unterlagen geben. Selbstverständlich müssen in intensivster Arbeit die Sachverständigen vorbereitet werden, damit nicht dieses seinerzeit zum Heil der Heimarbeiterrinnen errichtete Gesetz zum Unfugen ausschlägt. Schlecht zusammengelegte Sachverständigen sind für die Heimarbeiterrinnen schlechter als gar keine.

Die Heimarbeit in der sozialistischen Republik.

Unter dieser Überschrift bringt die „Soziale Praxis“ vom 23. Januar 1919 aus der Feder einer geschäftigen Sozialpolitikerin, Dr. Käthe Gabel, Ausführungen, die um so beachtlicher sind, als sie alle unsere Erfahrungen unterstreichen und — wie der Gewerbeverein es tut — stark hervorheben, wie man sich an denen verständigt, die lieber arbeiten, als Staatsalmojenempfänger werden wollen. Daß es daneben volkswirtschaftlich ungemein kurzichtig ist, die Arbeitsleistung Tausender von Müttern, halben Kräften und Landbewohnern auszuschießen, nur um eines versteinerten Dogmas willen, und das in einer Zeit, wo es gilt, den Willen zur Arbeit in Deutschland aufs äußerste zu steigern, sei nur noch nebenbei erwähnt.

Dr. Käthe Gabel sagt:

„Die Heimarbeit bleibt das Stiefkind der Sozialpolitik. Erst behandelte man sie schlecht, indem man sie vernachlässigte und nicht beachtete, oder ihre „Krankheit“ mit ungeeigneten und unzureichenden Mitteln behandelte, — jetzt will man ihr den Garaus machen. Was den davon Betroffenen, den Heimarbeitern selbst, das Sympathischere ist, mag dahingestellt bleiben. Man ging früher über ihre Wünsche zur Tagesordnung über und tut das jetzt wieder.“

Insbondere der freigewerkschaftliche Verband der Schneider und Schneiderinnen ist mit größter Energie an die Ausmerzung der Heimarbeit gegangen. Er begründet dies Bestreben mit der Undurchführbarkeit des Achtstundentages bei der Wechselwirkung zwischen Heim- und Fabrikarbeit, mit der technischen Rückständigkeit, dem Lohndruck, den die Heimarbeit ausübt, den schlechten Wohnungsverhältnissen, den größeren Sozialisierungsmöglichkeiten in Werkstattdarbeten und der Undurchführbarkeit von Reformen. Im Hintergrunde schwebt wohl auch noch die bessere Organisationsmöglichkeit der Werkstattdarbeiter.

Die beiden anderen Schneiderorganisationen haben in den neuerlichen Verhandlungen in der Herren- und Knabenschneiderei Bedenken gegen die Abschaffung der Heimarbeit geltend gemacht; es gäbe alte und schwächliche Kollegen, die nicht in die Werkstatt gehen könnten, auch sei der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet. Doch drangen sie damit ebenjowenig durch, wie die Arbeitgeber, die die Ansicht aussprachen, daß die Produktion auch heute noch auf der Heimarbeit ruhe und noch auf Jahre ruhen werde, und daß die angehefenen Heimarbeiter nicht in die Werkstätten wollten, so daß ein Zwang, diese zu benutzen, sich nicht durchführen lasse, vielmehr zu einem Kleinmeisterium führe, an dem auch niemand ein Interesse habe. Der Abad erklärte sich nach längeren Verhandlungen dazu bereit, im Hinblick auf den Achtstundentag eine allmähliche Beschränkung der Heimarbeit sowohl in der Maßschneiderei als auch in der Konfektion nach einheitlichen Grundrissen durchzuführen, betrachtete es aber als unerläßliche Vorbedingung, daß die Heimarbeiter selbst bei den Arbeitgebern dahin wirken, daß sie aus der Heimarbeit heraus in die Werkstätten versetzt werden. Doch ging dies Zugeständnis den Arbeitern nicht weit genug, und sie taten die feste Absicht kund, „selbst gegen den Willen der Heimarbeiter die Beschränkung der Heimarbeit herbeizuführen, weil die Mehrzahl der in der Maßschneiderei beschäftigten Arbeiter dies wünsche“. Der Wille der Arbeitnehmer drang durch: Bis zum 1. Januar 1920 muß jedes Geschäft ausreichende, der Zahl seiner Arbeiter entsprechende Werkstätten errichten. Vom 1. Januar 1919 an dürfen neue Heimarbeiter nur eingestellt werden, wenn die vorhandenen Werkstätten besetzt sind oder Kriegsteilnehmer in Betracht kommen, die durch die Art ihrer Beschäftigung gezwungen sind, zu Hause zu arbeiten.

Damit ist der Heimarbeit in der Herrenschneiderei das Lebenslicht ausgeblasen, sofern sie sich nicht, — und diese Möglichkeit ist wohl vorhanden, — als lebensjaher erweist als alle Abmachungen. Noch prompter geht der A- und S-Rat Hamburgs vor, der einfach für alle Berufe die Heimarbeit vom 1. März 1919 ab verbietet. Auch an anderen Orten sind die A- und S-Räte gegen die Vergabung von Heimarbeit, namentlich

an Herrensäbharbeiten, rigoros eingeschritten und haben die gemeinnützigen Rüstfabriken, oft ohne jede Uebergangszeit, durch Sperrung der Austräge zum Schließen gezwungen und dadurch zahlreiche Frauen eines gerade jetzt dringenden notwendigen Verdienstes beraubt.

Was solche willkürlichen und ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Heimarbeiter vorgenommenen Gewaltmaßnahmen bedeuten, wird jeder ermessen können, der da weiß, wie viele auf Heimarbeit als einzige Erwerbsquelle angewiesen sind. Was soll aus den Hausmüttern werden, die, durch Kinder aus Haus gefesselt, nicht in die Fabrik gehen können? Was aus all den alten und schwächlichen Personen, die das Fabriktempo nicht mehr mitmachen können und bei dem heutigen Stande des Arbeitsmarktes keinerlei Aussicht auf Beschäftigung haben? Sollen sie der bittersten Not oder einem demoralisierenden Staatsalmosenempfängertum anheimfallen?

In der Aschaffenburg Gegend hatte sich seit einer Reihe von Jahren die Herrenkonfektion angefiedelt und in die sehr armen, von sonstigen Arbeitsgelegenheiten abgeschlossenen, abgelegenen Speisartbörger Verdienst und bescheidenen Wohlstand gebracht. Die Gemeinden sind zahlungssträtiger geworden, die Zahl der Steuerzahler ist stärker als die der Bevölkerung gestiegen, und diese selbst hat sich gegen früher, wo sie bei starker Abwanderung fast stationär blieb, sehr erheblich vermehrt. Die Abschaffung der Heimarbeit kann in diesen Dörfern geradezu katastrophal werden. Entweder muß die auf gewerblichen Zubehörsdienst angewiesene Bevölkerung hungern oder in die Städte abwandern, — aber das Dogma ist gerettet.

Auch innerhalb der freien Gewerkschaften steht man nicht einheitlich auf dem Boden der radikalen Abschaffung der Heimarbeit. So stellte sich die Filialvorstandskonferenz des Textilarbeiterverbandes im voigtländisch-oberrheinischen Bezirk auf den Standpunkt der Reform und nicht der Ausmerzungen der Heimarbeit, indem sie am 1. Dezember 1918 beschloß, die Reichsleitung zu ersuchen, sofort eine Verordnung zu erlassen, welche die Heimarbeit insofern regelt, 1. daß ein ausreichender, den Lebensaufwendungen entsprechender Mindeststundenlohn festgelegt wird. Für die Festlegung der Löhne müssen sofort Lohnämter eingesetzt werden. Die festgelegten Löhne haben zwingende Kraft. 2. Die Arbeitszeit darf acht Stunden nicht überschreiten. 3. Unternehmer, welche Heimarbeiter beschäftigen, haben eine Liste der von ihnen beschäftigten Heimarbeiter in der Warenausgabe auszuhängen. 4. Verbot der Mitgabe von Arbeit an Fabrik- oder Betriebsbeschäftigte nach Hause. 5. Verschaffung aller Materialien durch die Unternehmer. 6. Strafbestimmungen sind zu erlassen gegen Unternehmer, welche die Verordnung nicht beachten.

Selbst im „Vorwärts“ wurden Stimmen laut, die auf die Undurchführbarkeit und die großen Härten eines Verbots der Heimarbeit hinwiesen. Vor allem aber hat der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen scharfen Protest gegen dahingehende Maßnahmen eingelegt.

Die „Soziale Praxis“, die stets mit dem größten Nachdruck einen energischen Heimarbeiterschutz forderte, hat auch von jeher den Standpunkt vertreten: Gesundung und in gewissen Teilgebieten Einschränkung, aber nicht generelle Abschaffung der Heimarbeit; und sie vertritt heute diesen Standpunkt um so mehr, als mit dem alten Regime die schwersten Hemmnisse eines ausreichenden Ausbaues der Heimarbeiterschutzhilfgebung weggefallen sind. Nun erst recht Heimarbeitreform! Heraus mit staatlichen Lohnämtern, einer ausreichenden Versicherung und soweit möglich dem Arbeiterschutz! Ohne Bedauern werden wir eine Reihe von Hausgewerben, die für den Produzenten oder den Verbraucher Gesundheitsgefahren enthielten, verschwinden sehen; auch werden sich keine Bedenken, wenigstens in den Städten, ergeben, gesunde Männer und ledige Frauen in die Werkstätten, sei es durch gelinden Druck, zu bringen. Aber Vorsicht mit allen Experimenten bei denen, die als Hausmütter, halbe Kräfte oder Kleinbauern aus Haus gefesselt sind und ohne Heimarbeit brotlos werden, weil sie keine andere Arbeit übernehmen können. Jede wirklich soziale Heimarbeitspolitik muß in erster Linie das Interesse der Heimarbeiter vertreten, und darf nicht von dem Egoismus anderer Arbeiterklassen diktiert werden.

Zwei Heimarbeiterinnenversammlungen.

Am 8. Januar hatte der Propaganda-Ausschuß in das „rote“ Gewerkschaftshaus in Berlin eine öffentliche Versammlung für Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen einberufen, in der über „Die Lage der Heimarbeiter und was haben diese von der Neuordnung Deutschlands zu erwarten?“ berichtet

werden sollte. Trotzdem wir erst am 6. von der geplanten Versammlung erfuhren und in dieser Zeit besonders große Zusammlungen an die Versammlungsfreudigkeit unserer Mitglieber stellen mußten, hatte doch ein Teil versprochen, dorthin zu kommen. Wie groß war aber unser Erstaunen, als wir uns die in dem großen, schwach erleuchteten Saal Versammelten ansahen und lauter gute alte Bekannte fanden. Allmählich kamen ja auch ein paar Fremde dazu, aber gut dreiviertel der etwa 80 Erschienenen waren Mitglieder unseres Gewerkschaftsvereins; es wurde auch etwas heller, die Referentin, Fräulein Hanna, erschien, und schließlich, als das Publikum anfang, unruhig zu werden, wurde auch eine Leiterin aufgefunden. Fräulein Hanna berichtete zuerst gut und sachlich über die Zustände in der Heimarbeit bis zu den Heimarbeitersammlungen in Berlin und Frankfurt a. M., dann klappte sie ihr Manuskript zu, das für diese Versammlung offenbar nicht paßte, und sprach nun darüber, was die Sozialdemokratie für die Heimarbeiterinnen getan habe, als Kernpunkt und Hauptstück hervorhebend und dauernd wiederholend, daß sie nur der Sozialdemokratie das Frauenwahlrecht verdankten. Als sie über dieses Geschenk bei den Anwesenden nicht die erwartete Freude fand, verwirrte sie sich noch mehr und wiederholte nun, vielleicht um eine Diskussion zu hindern, immer wieder „den lauten Ohren“ der Zuhörer, wie sie sie selbst nannte, dieselben Ermahnungen und Versprechungen. Endlich, endlich schloß sie aber doch, und nun sagte Fräulein Wolff in kurzen Worten, daß die Sozialdemokratie den Heimarbeiterinnen zwar das Stimmrecht geschenkt habe, von den meisten weniger als Geschenk, als als schwere Last empfunden, daß sie ihnen aber etwas anderes zu nehmen im Begriff sei, das für sie notwendiger und wichtiger als das Stimmrecht, ja die Existenzfrage selbst sei: die Heimarbeit. Sie begründete die Notwendigkeit der Erhaltung der Heimarbeit und schloß, daß die Heimarbeiterinnen nicht, wie Fräulein Hanna wünschte, den Feinden der Heimarbeit, den Sozialdemokraten, am Wahltag ihre Stimme geben könnten. Reicher Beifall lohnte diese Ausführungen, die Stellung der Versammlung kennzeichnend. Nun sagte die Leiterin, diese Ansicht müsse auf einem Irrtum beruhen, es sei undenkbar, daß die Sozialdemokraten solche Pläne haben könnten, was solle denn aus den Kriegsbefähigten, den halben Kräften und den Wüttern kleiner Kinder werden? Frau Grünberg erwiderte ihr, daß ja nicht wir, sondern ihre Partei die Heimarbeit abschaffen wolle, und beleuchtete die Frage noch einmal vom Standpunkt der Heimarbeiterin. Auch Fräulein Hanna bestritt im Schlußwort jede feindliche Stellung der Sozialdemokratie zur Heimarbeit. Durch Zwischenruf auf den freien Schneiderverband hingewiesen, sagte sie, der sei nicht die Partei, und das Erfurter Programm lehnte sie als veraltet und nicht mehr bindend ab. Wir bedauerten auf dem Heimweg nur lebhaft, daß der freie Schneiderverband keine Vertreter in diese Versammlung geschickt hatte, sie hätten wirklich Neues und Interessantes erfahren können; und anderen hat sie nicht viel gebracht, denn Gegner, die wir hätten überzeugen können, waren nicht oder kaum da.

Leider fehlte der freie Schneiderverband auch bei der öffentlichen Protestversammlung gegen die Abschaffung der Heimarbeit, die unser Gewerbeverein zum 14. Januar in das Lehrervereinshaus berufen hatte. Trotzdem gerade in den vorhergehenden Tagen lebhafteste Kämpfe am Alexanderplatz stattgefunden hatten, war der Saal gut gefüllt, in großer Mehrheit von Frauen. Fräulein Hamm begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Versammlung, legte klar, zu welchem Zweck wir sie einberufen hätten, und gab dann Fräulein Wolff das Wort zu ihrem Referat. Die Rednerin wies zuerst darauf hin, daß wir zuletzt über die Notwendigkeit der Erhaltung der Heimarbeit in öffentlicher Versammlung auf unserem Verbandstag gesprochen haben. Wie anders sah es damals um uns aus! Wir waren im Krieg, aber wir erschoffen einen siegreichen Frieden; wir litten Not, aber wir glaubten, daß sie nach einigen Monaten weiteren tapferen Durchhaltens für immer überwunden sein würde. Unsere Feinde liebten uns nicht, aber sie achteten und fürchteten uns. Unsere geliebte Kaiserin kam zu uns und grüßte die Heimarbeiterinnen. Und heute? Unser Kaiserpaar ist in der Fremde, Deutschland wehrlos und zerrissen, ein Spielball seiner Feinde. Not, Elend und Unfriede herrschen im Lande. Wir sind arm geworden, arm an Volkskraft, Hunderttausende sind gefallen, viele an Krankheiten zugrunde gegangen. Wenn die Regierung so weiter macht, werden bald unzählige an Hunger sterben. Wir sind arm geworden an wirtschaftlichen Gütern. Der Krieg hat uns vom Weltmarkt abgeschnitten, die Revolution mit ihrem Gefolge von ungewöhnlichen Sozialisierungsversuchen, überspannten Lohnforderungen und wilden Streiks treibt Landwirtschaft und Industrie dem Ruin entgegen. Wir sind arm geworden an sittlichen Gütern. Unser Volk, das vier Jahre unerhörte Siege erfochten, unver-

gleichliche Arbeit zu Hause getan hat, erscheint jetzt dem Ausland in seiner Klasse als arbeitscheure Diebe, Mörder, Vaterlandsverräter. Was kann uns retten? Vermehrung unserer Volkskraft, unverzüglicher Aufbau unseres Wirtschaftslebens unter Ausnutzung aller Kräfte, sittliche und geistige Erneuerung unseres Volkes. Und diesen Augenblick benützt die Sozialdemokratie, um die Abschaffung der Heimarbeit zu propagieren, d. h. die Mütter zu zwingen, sich von ihren Kindern zu trennen, und damit nicht nur erfahrungsgemäß die Säuglingssterblichkeit zu erhöhen, sondern auch die Geburtenziffern herabzudrücken; denn die Frau, die nur die Last, nicht die Freude der Mutterchaft kennen lernt, wird sich keine große Kinderzahl wünschen. D. h. viele fleißige Hände, die aller Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen, die durch Familien- oder Gesundheitsrückichten aus dem Haus gefehlt sind, der Volkswirtschaft entziehen. Das heißt das Familienleben zerstören, die Zahl der jugendlichen Verbrecher (statistisch nachgewiesen) sind die überwiegende Mehrzahl Kinder außer dem Hause tätiger Frauen) vermehren. Während Deutschland erneutes Anwachsen seiner Bevölkerungsziffer, Ausnutzung aller volkswirtschaftlichen Werte, Hebung aller sittlichen Kräfte braucht, um nicht unterzugehen, fordert die Sozialdemokratie Abschaffung der Heimarbeit. Sie, die immer das Wohl der Arbeiterchaft im Munde führt, macht struppellose Hunderttausende von arbeitenden Frauen brotlos, nur weil die Heimarbeiterinnen sich nicht sozialdemokratisch organisieren lassen. Auch wir wissen, daß die Heimarbeit Schäden aufweist, und wir fordern ihre Beseitigung. Und diese Forderung ist nicht schwer zu erfüllen, die Heimarbeitsfrage ist eigentlich nur eine Lohnfrage. Keine Heimarbeiterin wird Überlange Stunden arbeiten, wenn sie in acht Stunden genug verdienen kann. Keine Heimarbeiterin wird, so gut wie die übrige Arbeiterchaft, eine schlechte Wohnung nehmen, wenn sie eine gute findet und bezahlen kann. Keine Heimarbeiterin wird mehr unterbieten, wenn gesetzlich geschützte Löhne dem einen Niegel vorschrieben. Unsere heutige Regierung, die durch keinen Bundesrat, durch keinen Reichstag behindert ist, hat es leicht, Gesetze zu machen. Die Forderungen der Heimarbeiterinnen sind ihr eingereicht. Hat die Sozialdemokratie wirklich das Wohl der Heimarbeiterinnen im Auge, so soll sie die Heimarbeitschäden beseitigen, die Heimarbeit erhalten.

Eine rege Diskussion schloß sich an. Heimarbeiterinnen erklärten, warum sie auf Heimarbeit angewiesen seien. Ein Arbeitgeber unterprüf durch seine Ausführungen das Reserat. Ein Kriegsteilnehmer lobte seine Frau, die durch Heimarbeit die Wirtschaft aufrechterhalten, die Kinder vor allem Schicksalen bewahrt hat. Die Schäden der Thüringer Spielzeugheimarbeit wurden aufgedeckt, Fragen der Erwerbslosenfürsorge wurden besprochen und eine große Reihe unorganisierter in den Gewerksvereinen aufgenommen. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig die folgende Resolution an:

„Die am 14. Januar 1919 im Lehrervereinshaus zu Berlin, Alexanderplatz, versammelte Heimarbeiterinnen erheben Protest gegen die von der sozialdemokratischen Partei, insbesondere vom Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands, geforderte Abschaffung der Heimarbeit. Sie fordern die Erhaltung der Heimarbeit aus bevölkerungspolitischen Gründen: Nur die Mutter, die die Freuden der Mutterschaft kennen lernt, wird bereit sein, auch die Lasten der Mutterschaft auf sich zu nehmen.

Sie fordern die Erhaltung der Heimarbeit aus volkswirtschaftlichen Gründen: Mehr denn je ist unsere Volkswirtschaft auf Betätigung aller, auch der halben Kräfte, zu denen eine große Anzahl Kriegsbeschädigter gehören wird, die nur in Heimarbeit beschäftigt werden können, angewiesen. Weniger denn je kann unsere Volkswirtschaft sich auf Experimente, wie die Umgestaltung der Betriebsform größerer Industrien, einstellen. Durch den Fortfall der ausländischen Wanderarbeiter werden wir gezwungen sein, viele deutsche Familien auf dem Lande anzusetzeln, die die Heimarbeit als Hülfsarbeit für die arbeitslosen Monate gebrauchen.

Sie fordern die Erhaltung der Heimarbeit aus ethischen Gründen: Nach diesen vier Kriegsjahren ist es eine unserer Hauptaufgaben, das deutsche Familienleben wiederherzustellen. Nur die Heimarbeit ermöglicht es den erwerbstätigen Frauen, ihre Mutterpflichten zu erfüllen. Statistisch nachgewiesen sind unter den vorbestraften Jugendlichen die überwiegende Mehrzahl Kinder außer dem Hause beschäftigter Mütter. Nur die Heimarbeit gestattet es außerdem den Müttern, die Pflege kranker Familienangehöriger zu übernehmen.

Sie fordern aber auch Gesunderung der Heimarbeit durch Beschränkung der Heimarbeit auf die auf sie angewiesenen Personen, durch gesetzlich geschützte Lohnregelung, die den Heimarbeiterinnen ermöglicht, bei beschränkter

Arbeitszeit in gesunden Wohnungen einen auskömmlichen Unterhalt zu verdienen. Sie fordern Ausdehnung und Ausbau der Sozialversicherung für die Hausgewerbetreibenden.

Keine Regierung, die das Wohl Deutschlands, das Wohl der arbeitenden Klasse, fördern will, darf gegen den Willen der Heimarbeiterinnen die Heimarbeit abschaffen helfen.“

Soziale Rundschau.

Die Zerstörung des Wirtschaftslebens. Von gut unterrichteter Seite wird darüber folgendes mitgeteilt: „In den letzten 14 Tagen hat sich die Lage auf dem Kohlenmarkt unwehener verschärft. Im Ruhrgebiet ist infolge der Abgabe des rollenden Materials, insbesondere der Lokomotiven, an die Entente die Wagensetzung noch unter die Förderung gefunken. Die Wagensetzung beträgt zurzeit etwa 10 000 Wagen arbeitstäglich gegen einen normalen Bahnbedarf von 24 000 Wagen während des Krieges. In Oberschlesien ist die Zahl der täglich beladenen Wagen ebenfalls in der letzten Zeit infolge des Streiks und der allgemeinen unsicheren Verhältnisse erschreckend gesunken. Am 20. 1. 19 hielt sich die Wagensetzung sogar unter 2000 gegenüber 20 000 Wagen arbeitstäglich im Kriege und 50 000 in den letzten Wochen. Die gesamte Wagensetzung in den Hauptkohlenrevieren, die normal etwa 50 000 Wagen täglich betrug, war im Dezember 1918 auf rund 30 000 Wagen, in der ersten Hälfte des Jahres dieses Jahres auf nur 26 000 Wagen gefallen. Diese Zahlen kennzeichnen die Lage am besten. Während im Ruhrrevier unter der Einwirkung des Umstandes, daß die Eisenbahn in der letzten Zeit die Förderung nicht immer hat voll abfahren können, sich mäßige Bestände gebildet haben, sind heute in Oberschlesien so gut wie gar keine Vorräte mehr vorhanden.

Was die Versorgung anbetrifft, so sind auch bei den Eisenbahnen in den letzten zwei bis drei Wochen die Bestände bedeutend zutagegegangen und reichten am 13. Januar bei den preussischen Direktionen westlich der Elbe noch für etwa 19 Tage, östlich der Elbe dagegen nur für 9, teils sogar für noch weniger Tage. Die Gefahr, daß der Fahrplan nicht mehr eingehalten werden kann, ist täglich vorhanden. Im Bezirk Bromberg ist es bereits so weit.

In einer schwierigen Lage befinden sich die Elektrizitätswerke, deren Betrieb nur unter äußersten Einschränkungen aufrecht erhalten werden kann. Die Lage der Gaswerke ist nahezu verzweifelt. In Süddeutschland sind Stillschüsse in großem Umfang zu befürchten. München hat bis in den Februar hinein noch Vorrat, aber Nürnberg, Augsburg, Bamberg und andere Städte sind bereits äußerst eingeschränkt. Ähnlich ist es in Thüringen. Auch Dresden und Leipzig stehen schon seit Wochen vor der Stilllegung. Es ist bisher immer noch gelungen, diese durch Verschlagnahme abzumenden, doch scheldet dieses Auskunftsmitel immer mehr aus. Von Hamburg konnte die Gefahr des Stillstandes nur durch Verschlagnahme von für Berliner Gaswerke bestimmten Kohlen abgewendet werden.

Die Nahrungsmittelindustrie konnte durch die ihr zuteil gewordene Bevorratung bisher noch einigermaßen versorgt werden. Die Dampfmöhlen sind aber jetzt durchweg bereits mehr oder minder gefährdet, besonders die Großmöhlen. So ist bei einigen Möhlen im Osten die Arbeitsmöglichkeit schon für die nächsten Tage fraglich.

Die übrige Industrie kann nur noch mit ganz geringen Mengen und nur ganz unregelmäßig beliefert werden. Soweit es möglich ist, werden außer der Nahrungsmittelindustrie noch einige wichtige Industrien besonders bevorzugt, zum Beispiel der Lokomotivbau, dessen normaler täglicher Bedarf (etwa 220 Wagen) bei der jetzigen Lage auch nicht annähernd gedeckt werden kann. Unter diesen Verhältnissen muß natürlich die Ausfuhr auf das äußerste eingeschränkt werden.“

Heimarbeiterinnen, die lieber arbeiten als Erwerbslosenunterstützung beziehen, können es nicht begreifen, daß Deutsche durch Arbeitsverweigerung solch Elend über Volk und Vaterland bringen!

Notstandsarbeiten und Wohnungsbau. Deutschland ist in die Zeit der Notstandsarbeiten eingetreten. Um den heimkehrenden Kriegern und der sonstigen Bevölkerung trotz der Kohlenknappheit, dem Mangel an Rohstoffen usw. Arbeit und Verdienst zu schaffen, werden alle möglichen Arbeiten in Angriff genommen, darunter offensichtlich öfters auch solche, die nicht unbedingt notwendig sind, ja, zuweilen solche, für die nur ein sehr geringes Bedürfnis vorliegt. In der wirtschaftlichen und finanziellen Lage, in der wir uns befinden, können wir uns aber eigentlich unproduktive oder wenig produktive Arbeiten nicht leisten. Jetzt gilt es, jeden Groschen zusammenzuhalten und unsere Wirtschaftstätigkeit weiter zu lassen. Das

Landarbeiten müssen zwar jetzt sein, sogar in großem Umfang, aber es gilt sie auf Gebiete zu lenken, wo sie nach aller Möglichkeit bleibende, wertvolle Früchte schaffen. Es sei daher darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Gebiet die Schaffung neuer Wohnungen und die Erzeugung der hierfür nötigen Baustoffe ist. An Wohnungen fehlt es vielfach ganz außerordentlich, ebenso auch an den nötigen Baustoffen. Hier liegt also produktive Arbeit vor, der die Notstandsarbeiten nach Möglichkeit zugewandt werden sollten. Aber freilich wird auch nicht jeder Wohnungsbau als dauernd wertvolle Arbeit zu betrachten sein. Unser Wohnungsweien bedarf, wie bekannt, großer Umwandlungen. Nur solche Wohnungsbauten, die den neuen berechtigten Anschauungen entsprechen, können daher als dauernd wertvolle Arbeit gelten. Diese Anschauungen verlangen aber aus den gewichtigsten Gründen heraus vor allem Vermeidung der Mietskasernen und statt dieser Bau von Kleinhäusern mit Garten oder Landzulage. Solche Siedlungen werden auch in den Orten, die jetzt zwar unter Wohnungsnot leiden, aber in einigen Jahren infolge der zu erwartenden großen Bevölkerungsverchiebungen leicht starken Wohnungsüberfluß haben können, ihren dauernden Wert behalten. Der Errichtung solcher Siedlungen vor allem sollte man also die Notstandsarbeiten in erster Linie mit dienlichbar machen.

Ein großer grundsätzlicher Fortschritt in unserem Siedlungsweien. In aller Stille, ohne viel Aufhebens, scheint sich jetzt ein Fortschritt von großer grundsätzlicher Bedeutung in unserem Siedlungsweien zu vollziehen. Im Rahmen des Reichsarbeitsamtes ist nämlich jetzt vor kurzem eine besondere „Abteilung für Wohnungs- und Siedlungsweien“ gegründet worden, an deren Spitze der neue Reichs- und Staats-Kommissar für das Wohnungsweien, Herr Scheidt, steht. Dieser Abteilung ist nun zugewiesen nicht nur die städtische Wohnungsfürsorge, sondern auch die ländliche und das Siedlungsweien überhaupt. Damit ist einmal gesagt, daß nunmehr von oberster Reichsstelle aus eine planmäßige Wohnungs- und Siedlungspolitik in Stadt und Land getrieben werden soll, woran es bislang nur zu sehr gefehlt hat, zum anderen aber ist damit für diese große Aufgabe von Anfang an die notwendige Einheitlichkeit angebahnt — und gerade hierauf ist im Interesse der Sache das allergrößte Gewicht zu legen. Nur bei einem einheitlichen, innerlich übereinstimmenden Vorgehen in Stadt und Land wird es möglich sein, die großen Probleme unseres Siedlungsweiens überhaupt in der richtigen, erfolgversprechenden Weise in Angriff zu nehmen, und insbesondere kann es nur bei solcher Einheitlichkeit gelingen, auf die große Frage der richtigen Verteilung der Bevölkerung über das ganze Reichsgebiet allmählich den nötigen Einfluß zu gewinnen. Diese Frage aber ist gerade für das neue Deutschland in leinen bedrängten Verhältnissen von der allergrößten Wichtigkeit. Auf der einen Seite bedürfen bei uns beträchtliche dichtbevölkerte Kleinbauernbezirke einer gewissen Entlastung, kraft deren sie ihre überschüssige Bevölkerung abströmen lassen können, auf der anderen aber harren weite dünn bevölkerte Gebiete des Großgrundbesitzes und der Moorgegenden der Siedlerscharen, die sie zum Vorteil des Gemeinwohls zu neuem Leben und neuer Kraft erwecken sollen. Nicht minder ist ein Ausgleich zwischen nichtlandwirtschaftlicher und landwirtschaftlicher, zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung gerade in der nächsten Zeit dringend notwendig. Infolge der Einwirkungen des Krieges und der Revolution werden Hunderttausende, vielleicht Millionen, in den Städten und der Industrie keine Lebensmöglichkeit mehr finden, auf dem Lande aber bietet sich solche durch die geplante großzügige innere Kolonisation und durch den in die Wege zu leitenden allgemeinen intensiveren und modernen Betrieb der Bodenkultur. Endlich müssen aber auch in der Verteilung der städtischen und industriellen, überhaupt der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung über das Staatsgebiet allmählich gewisse Veränderungen herbeigeführt werden. Wir wollen und müssen loskommen von der bisherigen einseitigen Zusammendrängung in den Großstädten und der einseitigen Großstadtkultur, auch die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung muß wieder viel mehr Zusammenhang mit dem Boden und mit der Natur bekommen, das ist eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für unser Volk. Dazu ist aber eine planmäßige, großzügige Zentralisationspolitik zur Auflöserung der großen Städte und zur Förderung auch der kleineren Orte notwendig. So eröffnen sich Aufgaben über Aufgaben allerwichtigster Art für die neue Abteilung, deren glückliche Lösung von entscheidender Bedeutung für den Wiederaufbau unseres Landes sein wird. Selbstverständlich ist es unmöglich, daß die neue Abteilung alle diese Aufgaben mit einem Schlag löst, aber es ist schon etwas Großes, daß nun wenigstens ein planmäßiger Anfang gemacht wird. Die guten Fortschritte wollen wir alle herzlich begrüßen.

auf den Weg wünschen, denn es sind unser aller Lebensinteressen, um die es sich handelt!

Ein wichtiger Termin! Unsere Deutsche Volksversicherung ist verpflichtet, den während des Krieges verstorbenen Kriegsteilnehmern, die bei der für den Krieg von ihr gegründeten Deutschen Kriegsversicherung eingekauft sind, die Sterbegelder vier Monate nach Beendigung des Krieges auszuführen. Da die Höhe des Betrages, der auf den Einzel-Anteil entfällt, bekanntlich nach der Anzahl der Sterbefälle bemessen wird, kann die zur Verteilung stehende Anteil-Quote erst berechnet werden, wenn die Verstorbenen unserer Volksversicherung alle gemeldet sind. Die Deutsche Volksversicherung möchte auch hier nach ihren anerkanntswerten Grundsätzen verfahren, die Auszahlung der Sterbegelder so schnell wie nur irgend möglich zu erledigen. Wenngleich sie auf Antrag in entgegenkommender Weise bereits eine Abschlagszahlung in Höhe des fünffachen Betrages der Einzahlung geleistet hat, so werden natürlich die Angehörigen unserer gefallenen Kollegen den Wunsch haben, ihren vollen Anteil recht bald zu erhalten, da sie das Geld sicherlich gut gebrauchen können. Trotz besten Willens ist unserer Volksversicherung die schnelle Auszahlung aber nur dann möglich, wenn die Versicherungsnehmer sie bei den Vorbereitungen unterstützen, indem sie sofort die vorgeschriebenen Todesanzeigen an die Deutsche Volksversicherung einreichen. Diese Vorbereitungen sind nämlich nicht ganz klein: man denke sich, daß bei der Kriegsversicherung rund 60000 Mitglieder eingekauft sind, und daß mehrere 1000 Auszahlungen in kurzer Zeit geleistet werden müssen. Wir bitten daher alle Beteiligten, namentlich auch die Vereine, die ihre Mitglieder bei der Deutschen Kriegsversicherung von Vereins wegen eingekauft haben, die erforderlichen Todesanzeigen ihrer Deutschen Volksversicherung sofort einzusenden und sie damit in ihren gemeinnützigen, guten Absichten zu unterstützen.

Aus unserer Bewegung.

Frankfurt a. M. Die Zeit der Übergangswirtschaft, die leider ein so anderes Gesicht trägt, als wir erhofften, wird auch bei uns in Frankfurt benutzt, das, was unser Gewertverein im Kriege geworden ist, in die Zeit des Friedens und des Neuaufbaues hinüberzuretten. Wir haben zu dem Zweck unsere Arbeit auf eine breitere Grundlage gestellt und zu den drei schon vorhandenen Gruppen Großfrankfurts im Dezember noch zwei neue hinzuzusetzen lassen, nämlich Bornheim und Bockenheim. Die kräftigen Bäume Frankfurt-Mitte und West konnten es sehr wohl vertragen, daß man einen Zweig von jedem abschöpfte und in eigenes Erdreich pflanzte. Nun haben es die Mitglieder dieser entfernteren Stadtteile doch nicht mehr so weit zu ihren Versammlungen, und an den Abenden sieht man jetzt außer den alten Vertrauensfrauen, die die Vorstände der neuen Gruppen bilden, auch viele fremde Gesichter, die zwar schon lange dazugehörten, aber nie in die Versammlungen kamen. So ist es auch eher möglich, daß die Vorsitzende ihre Mitglieder persönlich kennt und besucht, weil es durch die Abtrennung nicht mehr so viele sind. Das alles dient dazu, in dieser Krisenzeit den Gewertverein zusammenzuhalten; Bande persönlichen Vertrauens werden geknüpft, die ein Auseinandergehen erschweren. Ganz besonders helfen die Vertrauensfrauen dabei. Bei der Neuerteilung und Vereinfachung der Vertrauensfrauenbezirke, die wir jetzt vornehmen, zeigte sich, daß Vertrauensfrauen und Mitglieder vielfach nicht auseinander wollten, trotz des weiten Weges zwischen beiden, daß lieber die Mitglieder den fälligen Beitrag der alten Vertrauensfrau ins Haus bringen, um nicht von einer anderen betreut zu werden. Es ist doch ein schönes Ding um das Vertrauen!

Aber auch gewerkschaftlich betätigen wir uns, soweit uns die jetzige Zeit die Möglichkeit bietet. Wir haben, wie alle anderen Arbeiterorganisationen, in der Stadt die Auszahlung der städtischen Erwerbslosenfürsorge für unsere Mitglieder selbst übernommen. Im Gegensatz zu anderen Erfahrungen tritt es uns bei unseren Mitgliedern wieder und wieder entgegen, wieviel lieber sie arbeiten, sich auch neue Arbeit suchen, als sich ohne Not unterstützen lassen. Wir begrüßen es aber dankbar, daß durch diese Einrichtung die Gewähr besteht, die Mitglieder, die Ernährer ihrer Familie sind, vor Not zu schützen. — Unsere Betriebswerkstätte hat viele Feimarbeiterinnen, besonders die, deren Männer zurückgekehrt sind, ausscheiden müssen. Andere beschäftigt sie nur halb, und der Rest wird durch die Erwerbslosenfürsorge ausgefüllt bis zur durchschnittlichen Verdiensthöhe. So streckt die B. M. die noch vorhandene Arbeit. Eine Menge angekaufter Militärmäntel, die zertrümmert und zu Bubenzügen verarbeitet werden, gibt auch noch auf einige Zeit hinaus zu tun. Den Gewertverein vertritt auf

dem durch Zeitungsanzeigen Arbeit an Privatindustrie. Eine Reihe von Mitgliedern hat sich zu diesem Zweck in die Vermittlungslisten auf unserer Geschäftsstelle eintragen lassen. — Am Wahlkampf haben wir uns hier in Frankfurt insofern beteiligt, daß in Versammlungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien unsere Mitglieder energisch für die Erhaltung und den Schutz der Heimarbeit eingetreten sind. — An Lebensmitteln konnten wir nach Weihnachten Marmelade und Kunsthonig verteilen. Es waren uns größere Posten aus Restbeständen aus Lazaretten zugefallen. So bekommt auch jedes Mitglied, bei dem eins von der Familie krank ist, ein Pfund Suppen-sachen oder Wein. Leider bedeutet das alles nur ein Tröpflein Hilfe in dieser Notzeit, aber wir suchen keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, um unseren Mitgliedern durch die Organisation einen Halt zu bieten.

Der Gauverband Ham-burg hielt am 16. Januar 1919 im Verein christlicher junger Männer seine gut besuchte Generalversammlung ab. Nachdem die Vorsitzende, Frau Fuchs, die Anwesenden begrüßt und die Namen der Verstorbenen, wie auch der zehnjährigen Mitglieder verlesen, wurden erstere in üblicher Weise geehrt, dann machte Frau Fuchs das auf unsere, den A- und S-Räten eingekündete Protestresolution vom 4. 12. 18, die Abschaffung der Heimarbeit betreffend, erfolgte Antwort-schreiben bekannt, welches die Mitglieder mit lebhafter Befriedigung erfüllte. Fel. Gilling gab den Jahresbericht, der einen erfreulichen Mitgliederzuwachs zeigte und ein anschauliches Bild von der Nützlichkeit des Gewerksvereins gab. Die Geschäftsstelle hatte 8071 Postausgänge und 1014 Eingänge und hatte in mehr als 6000 Fällen Auskunft gegeben in gewerkschaftlichen Lohn-, Versicherungs-, Unterstützungsfällen u. dgl. 227,36 M konnten an gekürzten Löhnen, Teuerungszuschlägen usw. an 64 Mitglieder ausbezahlt werden, denen der Gauverband Rechtsschutz gewährt hatte. Durch Vorträge und Schulungskurse wurden die Mitglieder geistig gefördert. Außer den für einzelne Mitglieder gestellten Anträgen, Besuchen usw. wurden verschiedene Eingaben an Regierung und Behörden gemacht im Interesse sämtlicher Mitglieder. Der Gauverband war vertreten in den verschiedenlichen Kommissionen, sozialen Hilfsorganen und behördlichen Institutionen und konnte überall die Interessen seiner Mitglieder mit Nachdruck vertreten. — Nach dem Kassenbericht erfolgte die Neuwahl des Vorstandes, als Gauvorsitzende wurde Frau Fuchs, als Schriftführerin Fel. A. Meher einstimmig gewählt, als Kassenführerin Frau Dr. Weg an Stelle der verstorbenen Frau Dr. Straß. In dem nun folgenden Referat: „Die Frauen und die Revolution“ entwickelte Frau Fuchs die Forderungen der christlichen Frauenwelt. Ihre Ausführungen waren etwa folgende: Charakterbildung ist noch wichtiger als Wissenschaft, wir fordern deshalb die Erhaltung der Religion für Staat, Schule und Haus. Für die geistig und körperlich Schwachen muß gesorgt, und zwar hauptsächlich vorbeugend gewirkt werden. Neben der staatlichen, gesellenlosen Hilfe muß die private Liebestätigkeit, die christliche Caritas erhalten bleiben, und deshalb die Institutionen, welche sich derselben widmen, erhalten und geschützt werden. Frauen sollen Fraueninteressen vertreten und überall mitarbeiten und bestimmen, wo Familie, Kindererziehung, Jugendpflege, Bevölkerungspolitik und Sittlichkeitsfragen in Frage kommen, das Recht muß sie unbedingt fordern. — Die Herstellung und der Verkauf gewisser Mittel zur Einschränkung der Geburten muß verboten, andererseits kinderreiche Familien weitgehendst entlastet und gestützt werden. Schutz des Kindes, Schutz der Jugend, der männlichen und weiblichen, Hinaufführen des Schulpalters für Mädchen verlangen wir. Nur wenn ein sittlich starkes Geschlecht heranwächst, kann ein Volk groß und stark werden; deshalb fordern wir energische Bekämpfung der Volksleiden, besonders der Geschlechtskrankheiten; für letztere muß die Anzeigepflicht eingeführt werden. Fort mit der doppelten Moral! In einem christlichen Staatswesen muß das Sittengesetz mit dem göttlichen Gesetz harmonisieren. Wir fordern im Interesse der Frau, der Kinder und der Familie gerechte Entlohnung der Frauenarbeit, für gleiche (Arbeit) Leistungen gleichen Lohn, und gewissenhaft durchgeführte und erweiterten Arbeiterinnenschutz; es darf kein Raubbau mit Frauenerkraft getrieben werden. Für die Heimarbeit fordern wir Durchführung und Ausbau des Hausarbeitgesetzes, Lohnämter, gesetzlich geschützte Mindestlöhne. Für Hausangestellte ein Gesetz, gemeinsam von Hausfrauen und Angestellten ausgearbeitet, mit Berücksichtigung der Eigenart des häuslichen Arbeitsverhältnisses. Gründliche häusliche Ausbildung aller jungen Mädchen, obligatorischen Fortbildungsunterricht, Ermöglichung des Studiums für Begabte aller Stände sind berechnete Frauenforderungen.

Köln. Ich glaube, alle unsere Januar-Versammlungen im Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen beschäftigten sich mit

den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung. Daher wollen wir Kölnener heute nicht von der Baharheit erzählen, sondern berichten, wie im zweiten Teil unserer Versammlung unsere Gedanken abgeleitet wurden von der Unruhe des Wahlkampfes durch einen Bericht unseres außerordentlichen Mitgliedes, Fräulein Oberlehrerin Caspar, über ihre Erlebnisse in Amerika. Als Land der Freiheit wird es bei uns wohl gerühmt, und stolz begrüßt am Hafen von Newyork den fremden Gast die große Statue der Freiheit, die einst in Frankreich für die Schwesternrepublik hergestellt wurde. Wohl gibt's „Freiheit“ in der Weltstadt Newyork. Das sieht jeder, der mit den zwei Millionen Arbeitern täglich von den billigen eineinhalb Stunden entfernt liegenden Wohngegenden nach seinem Arbeitsplatz am Hafen fahren muß. Jeder kann seinen Platz in der Straßenbahn oder auf ihrem Dach erkämpfen; kein Schutzmann weist ihn fort mit dem harten Wort „befeh!“ wie bei uns in glücklichen Friedenszeiten. Daß drüben dreißigmal soviel Menschen als bei uns infolge dieser „Freiheit“ verunglücken, kümmert die Polizei nicht. Sie schreibt nicht vor, wie hoch die Omnibusse sein dürfen, um dadurch das Leben der Fahrgäste auf den Dachplätzen durch die elektrischen Leitungen unter Brücken und Ueberführungen zu schützen. Fräulein Caspar erzählte in launiger Weise, wie sie auf einer Fahrt durch weniger vornehme Stadtteile Newyorks sich samt allen Fahrgästen, die auf dem Dache saßen, mehrmals auf den Fuß „Kopf herab“ schleunigst unter den Sitz ducken mußte, um nicht von den elektrischen Drähten unter den Ueberführungen tödlich getroffen zu werden. „Frei“ ist auch der Arbeiter; denn er braucht keinen Anteil für Kranken- und Invalidenversicherung zu zahlen, da es eine Arbeiterschutzesgesetzgebung nicht gibt. In Not und Krankheit ist er schußlos dem Elend preisgegeben in dem Lande, das sich der freiesten Verfassung rühmt. Diesen Eindruck hat auch Scheidemann nach einer Reise, während der er die Lage des amerikanischen Arbeiters studierte, bestätigt, wenn er schreibt: „Statt der Statue der Freiheit sollte im Hafen von Newyork lieber der Mann mit dem Knüttel stehen.“ — Unendlich viel teurer arbeitet diese freie Republik als eine Monarchie. Alle die, die bei uns im Lande so oft tadelten, daß „so viel Steuern gezahlt werden müßten, da der Kaiser so viel Geld bekäme“, werden ihren Irrtum einsehen, wenn sie jetzt in unserer Republik erleben, wie dabei das Geld fortgeworfen wird, ohne guten sozialen Zwecken zu dienen. Eble, überzeugte Anhänger der Republik in Amerika und Frankreich haben Fräulein Caspar diese Erfahrung oft bestätigt. — In keinem anderen Lande ist so unendlich viel Reichtum in wenigen Händen vereinigt wie im freien Land Amerika. Ganze große Zeitungen werden bisweilen von einem einzigen Menschen aufgekauft, und so wird dann eine politische Meinung „gemacht“, eine schwere sittliche Gefahr, a. B. in Zeiten einer entscheidenden Wahl. Fräulein Caspar schloß mit dem Bekenntnis, daß sie trotz der vielen schönen und anregenden Stunden drüben gern ins deutsche Vaterland zurückgekehrt sei und auch jetzt, wenn ihr die Wahl gestellt würde, lieber in Deutschland bleiben wolle, so schwer das Schicksal über uns hereingebrochen sei, und so schwer wir alle daran mittragen müssen. Mit dem Besprechen, und noch öfter von ihren reichen Erfahrungen — auch in ihrer sozialen Arbeit — zu erzählen, schied unser Gast, begleitet von unser aller Dank.

Versammlungsanzeiger.

- Altona.** 13. Februar, 13. März, 8 Uhr, Blumenstr. 79, Vereinshaus
- Berlin-Weidl.** 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Alt-Weidl 25.
- Berlin-Nord.** 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Bernauer Straße 4, Gemeindehaus.
- Berlin-Nordost.** 11. Februar, 11. März, 8 Uhr, Schönhauser Allee 177, Stadtmittelsaal.
- Berlin-Ost.** 10. Februar, 10. März, 6 Uhr, Gr. Frankfurter Straße 11, Hof I.
- Berlin-Fried.** 4. Februar, 4. März, 1/8 Uhr, Johannistich 5, Eingang Brauereistr., gr. Saal.
- Berlin-Südost.** 17. Februar, 8 Uhr, Baldemarstr. 75, Südost-Säle, 12. März, 8 Uhr, Raupiger Straße 24, Gemeinschaftshaus.
- Berlin-Wedding.** 17. Februar, 17. März, 8 Uhr, Schönwalder Straße 21, Gemeinschaftshaus St. Michael.
- Berlin-West.** 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Rosenborststr. 41, Hof pl., Mittelsaal.
- Berlin-Wilmersdorf.** 11. Februar, 11. März, 1/8 Uhr, Demmler Straße 17/18, Gemeindehaus.
- Wiesbaden.** 7. Februar, 7. März, 1/8 Uhr, Herforder Str. 31.
- Wuppertal.** 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Bessingplatz 5, G. Vereinshaus.

Dresden-Kord. 3. Februar, 3. März, 8 Uhr, Dastelgasse 8a, im Saale des Blaukreuzvereins.
Dresden - Seb. 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Herrenstraße 11/12, Gemeindefaal der Elisabethgemeinde.
Dresden-West. 18. Februar, 18. März, 8 Uhr, Frankfurter Straße 28, Konfirmandenzimmer der Paulusgemeinde.
Harlottenburg. 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Goethestr. 22, Jugendheim.
Danzig. 10. Februar, 10. März, 7 Uhr, Breitgasse 83, Abstinenz-Vereinshaus.
Darmstadt. 9. Februar, 9. März, 4 Uhr, [Stiftsstr. 51, "Feierabend".
Dresden. 1. Februar, 1. März, 8 Uhr, Kriegsspeisehalle.
Dresden - Altstadt. 13. Februar, 13. März, 8 Uhr, Annenstraße 40, Hinterhaus.
Dresden-Kenndl. 6. Februar, 6. März, 8 Uhr, [Königstr. 21, Gemeindefaal der Dreifönigskirche.
Dresden - Pieschen. 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Concordienstraße 4, "Concordia".
Dresden - Striesen. 11. Februar, 11. März, 8 Uhr, Wormser Straße 14, "Stadt Worms".
Dessau. 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Lützenstraße 33, Paulushaus.
Dilling. 18. Februar, 18. März, 8 Uhr, Spieringstraße, Gewerbevereinshaus.
Dresden. 3., 17. Februar, 3., 17. März, 8 Uhr, Altherbeiligenstraße 10, Eb. Vereinshaus.
Dresden-Kord. 27. Februar, 27. März, 8 Uhr, 1. Sagen 11.
Frankfurt-Mörschenheim. 11. Februar, 11. März, 7 Uhr, Rathaus, Kurfürstenplatz.
Frankfurt-Bornheim. 17. Februar, 17. März, 7 Uhr, Burgstr. 81.
Frankfurt-Mitte. 13. Februar, 13. März, 7 Uhr, [unbekannt] 40.
Frankfurt-West. 19. Febr., 19. März, 7 Uhr, Hohenzollernplatz 33.
Frankfurt i. Posen. 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Haus Ucke.
Frankfurt i. Posen. 3. Februar, 3. März, 8 Uhr, [unbekannt] 5, Luisenheim.
M.-Glabbe. 9. Februar, 9. März, 8 Uhr, Saal von Dede.
Goslar. 18. Februar, 11. März, 1/28 Uhr, Kaffeeliche des Evang. Frauenbundes.
Greiffenberg i. Schlesien. 11. Februar, 11. März, 1/28 Uhr, Ring, Gasthof zum schwarzen Adler.
Halle-Ford. 5. Februar, 5. März, 8 Uhr, Albrechtstr. 27.
Halle-Seb. 3. Februar, 3. März, 8 Uhr, Kleine Klausstr. 12.
Hamburg-Stadt. 18. Februar, 18. März, 7 Uhr, Rosenbaum-Cafee 15, Curiohaus.
Hamburg-Barmbeck. 18. Februar, 18. März, 1/21 Uhr, Marschnerstraße, Gemeindefaal der Kreuzkirche.
Hamburg-Fimschüttel. 19. Februar, 19. März, 7 Uhr, Belle-Alliance-Straße 55, Missionsaal.
Hamburg-Hammerbrook. 11. Februar, 11. März, 8 Uhr, Sachsentstraße, Volksheim.
Hamburg-Kenndl. 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Böhmlenstraße 4, Bildungsverein.
Hamburg-Neuland. 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Vierländer Straße, Gemeindefaal.
Hamburg-Neuland. 17. Februar, 17. März, 8 Uhr, Schillerstraße 15, Gemeindefaal.
Hannover. 10. Februar, 10. März, 1/28 Uhr, Römerstraße, Saal der Bethan.
Hannover. 19. Februar, 19. März, 8 Uhr, gr. Saal des Alten Rathhauses, Eingang Rübeler Straße.
Hannover. 19. Februar, 19. März, 8 Uhr, Ferdinandstraße 17, Margaretenhort.
Hannover. 11. Februar, 11. März, 8 Uhr, Schule.
Hildesheim i. Schlesien. 10. Februar, 10. März, 7 Uhr, Barmbrunner Straße, Gasthaus zum Rynast.
Insterburg. 19. Februar, 19. März, 8 Uhr, Marsgrafenplatz 2, Stadt. Gymn.
Jass. 13. Februar, 13. März, 7 Uhr, Obere Karstr. 12, Altes Rathaus.
Koblenz. 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Domstr. 6.
Köln a. Rhein. 9. Februar, 9. März, 5 Uhr, Bodstr. 8/10, Städtisches Wohlfahrtshaus, Eingang 1.
Köln-Alt. 12. Februar, 12. März, 1/28 Uhr, Höfstr. 2, Jugendheim.
Königsberg-Posen. 16. Februar, 16. März, 1/24 Uhr, Konfirmandenzimmer der Luisenkirche.
Königsberg-Meranenhof. 11. Februar, 11. März, 7 Uhr, Konfirmandenzimmer der Ottolirische.
Königsberg-Oberrath. 17. Februar, 17. März, 8 Uhr, Steinbamm 145, Privat-Gymn. Derholz.
Königsberg-Preuß. 3. Februar, 3. März, 7 Uhr, Konfirmandenzimmer, Schifferbiederstraße 1a.

Königsberg - Unterstadt. 10. Februar, 10. März, 7 Uhr, Schürkingstraße 32, [unbekannt] [unbekannt].
Köln. 13. Februar, 13. März, 8 Uhr, Dufarenstraße 1, Gemeindefaal.
Landsberg a. Warthe. 11. Februar, 11. März, 8 Uhr, Heinersdorfer Straße, Kriegsliche.
Leipzig-Mitte. 10. Februar, 10. März, 1/28 Uhr, Johannisplatz 3, S. I.
Leipzig-West. 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Demmeringstraße, "Grüne Erde".
Liegnitz-Kummelsburg. 17. Februar, 17. März, 7 Uhr, Prinz-Albert-Straße 43, Gemeindefaal.
Liegnitz. 17. Februar, 17. März, 8 Uhr, Friedrichsplatz, Mädchen-Virtelschule.
Lissa i. Posen. 28. Februar, 28. März, 8 Uhr, Gemeindefaal.
Luisenbahn i. Posen. 4. Februar, 4. März, 7 Uhr, Luisenbahn, Gasthaus Ray.
Magdeburg. 19. Februar, 19. März, 8 Uhr, Klosterbergstraße 1, Strubenstr., Magdeburg-Budau.
Mainz. 13. Februar, 13. März, 8 Uhr, Rath B reinshaus.
München-Stadt. 16. Februar, 16. März, 3 Uhr, Theresienstraße 25, Speisehalle.
München-Ob. 24. Februar, 24. März, 8 Uhr, Steinstr. 24, "Zum Steinadler".
Merseburg. 13. Februar, 13. März, 8 Uhr, Katholisches Vereinshaus.
Mendota. 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Richardstr. 31/32, Ede Rosenstraße.
Menz. 13. Februar, 13. März, 1/28 Uhr, Markt, Jugendheim "Fortitudo".
Merseburg. 23. Februar, 23. März, 6 Uhr, Damm, Wirtschaft Joh Hüperg.
Moskau. 16. Februar, 16. März, 8 Uhr, Regowstr. 14, Soldaten-Nachmittagsheim des Vaterländischen Frauenvereins.
Münsterberg. 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Radlersgasse, Kinderschule St. Jakob.
Osnabrück a. M. 17. Februar, 17. März, 8 Uhr, Domstr. 25.
Oldersleben. 26. Februar, 26. März, 8 Uhr, Breite Straße, Sändericher Gasthof.
Pandow. 10. Februar, 10. März, 1/28 Uhr, Anglerstr. 147, Gemeindefaal der Paul-Gerhardt-Gemeinde.
Pöhl i. Steilien. 6. Februar, 6. März, 1/28 Uhr, Schützenhaus Blühm.
Posen. 17. Februar, 17. März, 1/28 Uhr, Evangelisches Vereinshaus.
Potsdam. 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Hübstr. 8-10, II. Saal des Gemeindefaues.
Regensburg. 9. Februar, 9. März, 1/24 Uhr, Jakobinerschenke.
Reutlingen. 10. Februar, 10. März, 8 Uhr, Weggerstraße, Ev. Vereinshaus.
Schwandau a. Main. 17. Februar, 17. März, 9 Uhr, "Zum grünen Baum".
Spanau. 11. Februar, 11. März, 8 Uhr, Hoher Steinweg 1a, Gutsbesitzerheim.
Stettin. 3. Februar, 3. März, 1/28 Uhr, Elisabethstr. 53, Gr. Saal im Vereinshaus.
Stoll i. Pommern. 10. Februar, 10. März, 1/28 Uhr, Aula der Knabenmittelschule, Wollweberstraße.
Stuttigart-Platz. 5. Februar, 5. März, 7 Uhr, Gode Straße 11, Drenghaus.
Stuttigart-Postweg. 6. Februar, 6. März, 1/28 Uhr, Gasthaus zur Traube.
Stuttigart-Gannstall. 3. Februar, 3. März, 3 Uhr, Kranenstraße, Herberge zur Heimat.
Stuttigart - Karlsstadt. 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Finkenstraße 4, Vereinshaus.
Stuttigart-Oberrath. 12. Februar, 12. März, 8 Uhr, Sandhausstraße 153.
Tübingen-Perendingen. 4. Februar, 4. März, 8 Uhr, Vereinshaus.
Wandorf. 21. Februar, 21. März, 8 Uhr, Neue Bahnhofstr., Gemeindefaal.
Wiesbaden. 10. Februar, 10. März, 1/28 Uhr, Kirchplatz, Gemeindefaal.
Wiesbaden. 24. Februar, 24. März, 8 Uhr, Dogbetmer Straße 24, Geseuhaus.
Wronowitz i. Posen. 24. Februar, 24. März, 3 Uhr, Kolonie, Schulhaus.
Wülshow bei Stettin. 4. Februar, 4. März, 1/28 Uhr, im Büllshower Schulhaus.
Zwischen i. Sachsen. 19. Februar, 19. März, 7 Uhr, Neußere Leipziger Straße, Herberge zur Heimat.

Schöner werden.

Ein Weilchen Herbergszeit,
Mehr ist doch nicht das Leben!
Wenn wir den Steden heben,
Geht's heim zur Ewigkeit;
Ein Weilchen Herbergszeit!
Heut sind die Fenster helle,
Vielleicht grüßt auf der Schwelle
Dich morgen schon das Leid;
Will auch zur Herberg sein
Mit uns und unsern Lieben
Und geht erst, wenn's geschrieben
In unsern Paß hinein,
Wie es uns fand, das Leid,
Und ob wir schöner werden
Denn dazu gab auf Erden
Uns Gott die Herbergszeit!

M. Freesche.

Im achtzehn Getreue trauert diesmal der Gewerksverein.

In Gruppe **Berlin-Nordost** starb am 2. Januar 1919 nach mehr als achtzehnjähriger Zugehörigkeit zum Gewerksverein eine, die der Organisation an ihrem Gründungstage beigetreten war, unser liebes Mitglied

Witwe Ottilie Maaß, geb. Hinge,

geboren am 12. Juli 1844 in Kolberg.

In Gruppe **Berlin-Südost** starb am 3. Januar 1919 nach fast vollendeter zehnjähriger Zugehörigkeit zum Gewerksverein unser liebes Mitglied

Witwe Mathilde Lorenz, geb. Bolte,

geboren am 7. Juni 1851 in Stolp, Pommern.

In Gruppe **Breslau-Nord** starb am 1. Januar 1919 nach mehr als zwölfjähriger Zugehörigkeit zum Gewerksverein unser liebes Mitglied

Fräulein Rosina Herbst,

geboren am 19. Dezember 1852 in Ottag, Kreis Ohlau.

Gleichfalls in Gruppe **Breslau-Nord** starb auch am Neujahrstage 1919 unser liebes Mitglied

Witwe Emilie Wende, geb. Heinze,

geboren am 1. August 1855 in Ober-Tschirnau, Kreis Gúhrau.

In Gruppe **Hamburg-Neustadt** starb am 7. Januar 1919 nach mehr als achtjähriger Zugehörigkeit zum Gewerksverein unser liebes Mitglied

Frau Dora Witt, geb. Weisemann,

geboren am 30. Juni 1876 in Hamburg.

In Gruppe **Hannover** starb am 23. November 1918 unser liebes Mitglied

Frau Frieda Schweinebarth, geb. Seibert,

geboren am 8. Oktober 1895 in Linden-Hannover.

In Gruppe **Königsberg-Oberstadt** starb am 24. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Frau Martha Herloff, geb. Bukowsky,

geboren am 12. März 1854 in Königsberg.

Gleichfalls in Gruppe **Königsberg-Oberstadt** starb am 30. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Frau Berta Haak, geb. Gelschke,

geboren am 4. Juni 1880 in Königsberg. Sie hinterläßt vier kleine Kinder.

Ebenfalls in Gruppe **Königsberg-Oberstadt** starb am 1. Januar 1919 unser liebes Mitglied

Witwe Johanna Plog, geb. Sempf,

geboren am 15. Januar 1877 in Mankenau.

In Gruppe **Königsberg-Unterstadt** starb am 16. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Frau Anna Schröder, geb. Bahr,

geboren am 10. September 1865 in Klein-Kerten, Kreis Friedland.

In Gruppe **Magdeburg** starb am 6. November 1918 unser liebes Mitglied

Fräulein Margarete Plau,

geboren am 8. März 1899 in Stendal.

In Gruppe **München-Stadt** starb am 6. Dezember 1918 im zwölften Jahre der Zugehörigkeit zum Gewerksverein unser liebes Mitglied

Frau Anna Tschujelsch, geb. Schlambauer,

geboren am 14. Februar 1871 in Schönsee, Oberpfalz.

In Gruppe **Reutlingen** starb am 3. November 1918 unser liebes Mitglied

Frau Lina Wahlenmayer, geb. Braun,

geboren am 18. April 1891 in Hochdorf, Oberamt Gorb.

Gleichfalls in Gruppe **Reutlingen** starb am 9. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Frau Emilie Nädele, geb. Fuchs,

geboren am 1. Juli 1885 in Reutlingen.

Ebenfalls in Gruppe **Reutlingen** starb am 25. Dezember 1918, am Weihnachtstage, unser liebes Mitglied

Frau Marie Rempfer, geb. Sauer,

geboren am 2. Mai 1880 in Reutlingen.

In Gruppe **Stuttgart-Stadt** starb am 27. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Frau Wilhelmine Hengerer, geb. Alber,

geboren am 16. Oktober 1852 in Metterzimmern, Oberamt Vietigheim.

In Gruppe **Weißensee bei Berlin** starb bereits am 25. Oktober 1918 unser liebes Mitglied

Fräulein Helene Wiele,

geboren am 12. Dezember 1885 in Arnshelbe, Kreis Deutsch-Krone.

Gruppe **Schwandheim, Main** meldet: In Dieblich, Rhein, starb am 30. November 1918 die Mitarbinerin unserer Gruppe und liebes außerordentliches Vorstandsmitglied

Fräulein Margarete Jäger,

geboren am 23. November 1857 in Gattenheim, Rhein.

Die Heimgegangene war uns eine treue Mitarbeiterin 32 Jahre lang wirkte sie hier als Lehrerin. So waren viele unserer Mitglieder ihre Schülerinnen, denen sie im Gewerksverein nun auch im späteren Leben noch tatend und hilfreich zur Seite stehen konnte. Wir werden der teuren Toten ein dankbares Andenken bewahren."

Inhalt: Singspruch. Was wird aus uns werden? Fachaus-schüsse. Die Heimarbeit in der sozialistischen Repu-blik. Zwei Heimarbeiterinnenversammlungen. — **Soziale Wand-schau:** Die Forderung des Wirtschaftslebens. Notstandsarbeiten und Wohnungsbau. Ein großer grundsätzlicher Fortschritt in unserem Stützungsweisen. Ein wichtiger Termin! — **Unsere Bewegung:** Frankfurt a. M. Gewerkschaft Ham-burg. Main. Versammlungsergebnisse. Schluß werden. Todes-anzeigen.